

**Verfahrensregeln für die Verleihung einer außerplanmäßigen Professur am  
Fachbereich Medizin gem. § 32 , Absatz 2 HHG vom 20.12.2004 auf der Basis der  
Verfahrensregeln des Präsidiums der Philipps-Universität Marburg vom 31.05.2005**

### **Verfahren für die Verleihung einer außerplanmäßigen Professur**

1. Vorschläge der Fachbereiche für die Verleihung der akademischen Bezeichnung außerplanmäßige Professorin oder außerplanmäßiger Professor kommen für habilitierte Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler oder ehemalige Juniorprofessorinnen oder Juniorprofessoren frühestens nach einer 6-jährigen erfolgreichen Tätigkeit in Forschung und Lehre an der Philipps-Universität Marburg nach der Promotion in Betracht. Der Fachbereich kann auf die 6-Jahres-Frist in besonderen Fällen auch eine entsprechende Tätigkeit an anderen wissenschaftlichen Einrichtungen anrechnen.
2. Eine aus zwei Professorinnen/Professoren und einer/einem wissenschaftlichen Mitarbeiterin/ Mitarbeiter bestehende permanente Vorkommission prüft die formalen Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens; zusätzlich wird eine weitere Gutachterin/weiterer Gutachter als Fachgutachterin/Fachgutachter hinzugezogen, zumeist auf Vorschlag eines Kommissionsmitgliedes oder der Dekanin/des Dekans. Jedes Kommissionsmitglied stellt einen kurzen Bericht zusammen, der der Dekanin/dem Dekan zugeleitet wird. Sind alle Voten positiv, eröffnet die Dekanin/der Dekan das Verfahren. Wurden Bedenken in einem oder mehreren Gutachten geäußert, so berät die Dekanin/der Dekan mit den Mitgliedern der Vorkommission das weitere Vorgehen. Im einzelnen prüft die Vorkommission die eingereichten Unterlagen unter formalen und Qualitätsaspekten.

Einzureichen sind:

- Antrag
  - Lebenslauf und wissenschaftlicher Werdegang
  - Schriftenverzeichnis nach dem neuen Stand, besonderer Wert wird auf Publikationen nach der Habilitation als Erst- oder Seniorautor in peer-reviewed Journalen gelegt
  - Verzeichnis der selbständigen Lehrveranstaltungen
  - Kopien der den beruflichen Werdegang belegenden Urkunden
  - Sonderdrucke
3. Bevor der Fachbereichsrat über einen derartigen Vorschlag beschließt, holt der Dekan über die wissenschaftlichen, künstlerischen oder die besonderen Leistungen des Privatdozenten von auswärtigen Professorinnen/Professoren des betreffenden Faches, nötigenfalls von anderen Sachverständigen **zwei** Gutachten ein. Mindestens ein Gutachten soll von externen Sachverständigen eingeholt werden.
  4. Eine erfolgreiche Tätigkeit in Forschung und Lehre kann angenommen werden, wenn die zwei Gutachten bestätigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat die Anforderungen erfüllt, **die üblicherweise an die Besetzung von Professuren gestellt werden** (Einstellungsvoraussetzungen gem. § 71 HHG). Nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.

5. Die Bewährung in Forschung und Lehre kann angenommen werden, wenn die zwei Gutachterinnen/Gutachter bestätigen, dass die/der Privatdozentin/Privatdozent die Anforderungen erfüllt, die üblicherweise an Inhaber von Professorenstellen gestellt werden. Nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.
6. Das Präsidium prüft den Vorschlag, bevor es ihn dem Senat vorlegt. Der Senat nimmt zu dem Vorschlag gemäß § 40 Abs. 2 Ziff. 10 HHG Stellung, wenn die o.g. Bedingungen erfüllt sind. Bei der Abstimmung wirken die administrativ-technischen Mitglieder des Senats beratend mit, §§ 33, 10 Abs. 2 Satz 2 HHG.
7. Auf Vorschlag des Fachbereichs widerruft das Präsidium die akademische Bezeichnung außerplanmäßige Professorin oder außerplanmäßiger Professor, wenn die betreffende Person aufgrund §§ 33 Satz 2, 32 Abs. 2 Satz 4 HHG nicht mehr das Recht hat, die Bezeichnung Privatdozent zu führen, oder eine Universitätsprofessur innehat.
8. Die Präsidentin oder der Präsident kann die akademische Bezeichnung außerplanmäßige Professorin oder außerplanmäßiger Professor auch widerrufen bei nachgewiesenem Verstoß gegen die „Grundsätze und Verfahrensregeln für den Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten an der Philipps-Universität“ oder verfassungswidrigen Verhaltensweisen oder vergleichbar relevantem Fehlverhalten, wenn die Befürchtung besteht, dass das Ansehen der Philipps-Universität beschädigt wird. Der Senat muss dem Widerruf zustimmen.

Marburg, den 06. Juli 2005 (Beschluss des Fachbereichsrates des Fachbereichs Medizin)

gez. Prof. Dr. B. Maisch  
-Dekan-